

Neues aus den Olaf-Scholz-Siedlungen

Bürgschaften in Höhe von fast 1 Mrd € für „Schwarzbauten“

Senat will noch in diesem Jahr Fakten schaffen, Bürgerproteste und Sachverständigenanhörungen laufen damit u.U. ins Leere

Die Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt, will sich **für den Bau der neuen Großsiedlungen noch vor Weihnachten in der Bürgerschaftssitzung am 9. Dezember 2015 Bürgschaften in Höhe von 970 Mio €** von der rot-grünen Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft genehmigen lassen, um erste Verträge mit Investoren noch in diesem Jahr abzuschließen.

Wie am 4.12.2015 im Haushaltsausschuss im Rahmen der Diskussion des Dringlichen Antrages des Senats (Drs. 21/2308) von Frau Senatorin Stapelfeldt dargestellt wurde, hält der Senat trotz der Kritik von CDU, die LINKE, FDP und der AfD sowie dem Bürgerprotest unverändert an seinen Planungen zum Bau von Flüchtlingsgroßsiedlungen fest (Drs. 21/1838).

In den Sitzungen des Stadtentwicklungs- und des Haushaltsausschusses wurde deutlich, dass die Oppositionsparteien die Dringlichkeit, noch in diesem Jahr einen Bürgschaftsrahmen von 970 Mio € für den Bau von 5.600 Wohnungen in der Bürgerschaft zu beschließen, nicht verstehen. Bisher sind nur die Planungen für die Projekte Elfsaal (Jenfeld) und Mittlerer Landweg (Billwerder) mit ca. 1.100 Wohneinheiten und einer Investitionssumme von 167 Mio. € abgeschlossen. Die Verträge mit den Investoren (SAGA GWG sowie ein privater Investor) sollen zügig unterzeichnet werden. Drei weitere Projekte sollen kurz vor dem Abschluss stehen. Zu diesen weiteren Projekten konnte oder wollte die Senatorin auch auf Nachfrage keine näheren Auskünfte geben.

Für die Großvorhaben besteht - so die Senatsvertreter in beiden Ausschüssen – kein Planrecht. Sozialer Wohnungsbau soll über eine nur für Flüchtlingsunterkünfte vorgesehene Vorfahrtsregelung eingeleitet und das Bauplanungsrecht später nachgeschoben werden.

Die Bürgschaften werden benötigt, da aufgrund des fehlenden Planrechts eine ordnungsgemäße Beleihung der Grundstücke nicht möglich ist. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die FHH Haftungsrisiken von nahezu 1 Mrd € übernimmt, falls sich die Bauvorhaben womöglich als rechtswidrig erweisen. Hinsichtlich der damit verbundenen Haushaltsrisiken erklärte ein Senatsvertreter auf Nachfrage der CDU: "Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der FHH aus den Bürgschaften sei geringer als die Nicht-Inanspruchnahme", allerdings beruhe dies lediglich auf einer internen rechtlichen Einschätzung des Senats.

Die Eile mit der hier Fakten geschaffen werden sollen, widerspricht ebenfalls dem im Ausschuss für Stadtentwicklung am 3.12.2015 beschlossenen Vorgehen, bei diesem städtebaulich so bedeutenden wie umstrittenen Plan eine Expertenanhörung durchzuführen. Diese Anhörung ist bereits für den 19. Januar 2016 geplant. Im Februar (geplant 11.2.2016) soll dann in einer gesonderten Sitzung dieses Ausschusses eine Senatsbefragung erfolgen. Der Ausschuss hat zudem beschlossen, dass vor dem Senat für jeden Bezirk eine Vertrauensperson der jeweiligen Initiative gehört wird. Die Auswertung der Senatsbefragung ist ebenfalls für den 11.2.2016 geplant.

Presseerklärung

www.vin-rissen.de

Der Senat entzieht sich einem ordnungsgemäßen und transparenten demokratischen Verfahren, indem er sich vor Abschluss der inhaltlichen Diskussion ermächtigen lässt, haushaltswirksame Maßnahmen zu ergreifen und Verträge zur Umsetzung der Projekte zu schließen. Dabei verlässt der Senat den sicheren Grund geltenden Bauplanungsrechts. Zudem setzt er sich über alle Bedenken, dass durch diese Großsiedlungen die sozialen Brennpunkte der Zukunft geschaffen werden, hinweg und verweigert weiterhin eine integrationsfördernde Verteilung der Flüchtlinge über das Stadtgebiet.

Der Senat will mit der Rot-Grünen Mehrheit im Parlament in der Sitzung am 9.12.2015 in erster Lesung über den dringlichen Antrag zusätzliche Bürgschaften in Höhe von 970 Mio € beschließen und damit noch vor Weihnachten den Weg für den Abschluss von rechtsverbindlichen Verträgen mit Investoren noch in 2015 freimachen, ungeachtet

- **der nicht abgeschlossenen demokratischen Debatte im Parlament über das Konzept,**
- **der noch ausstehenden Expertenanhörung & Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss über seine Sinnhaftigkeit,**
- **der Haftungsrisiken aus nicht gesichertem Baurecht in Verbindung mit anhängigen Klagen,**
- **der berechtigten Einwände der Bürger gegen das geplante Konzept und der von ihnen vorgebrachten Vorschläge.**

Der Senat setzt hiermit seine bürgerferne Politik unvermindert fort und ignoriert die Gesprächsangebote der Bürgerinitiativen und anderen Gruppen in der Stadt nach einer nachhaltigen und auf Integration angelegten Lösung.

Wir fordern den Senat hiermit nochmals auf: „Redet mit uns“ und erarbeitet Lösungen, die von den Bürgern mitgetragen werden, anstatt gegen den hamburgweiten Widerstand ein weiteres Großprojekt von oben herab durchzuziehen.

Mehr Informationen in den Protokollen des Stadtentwicklungsausschusses vom 3.12.15 und Haushaltsausschusses vom 4.12. 15 auf dem blog von VIN-Rissen.

Nächster Termin:

Bürgerschaftssitzung am 9.12.2015 15.00 Uhr im Rathaus

Eintrittskarte unter oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de oder telefonisch unter (040) 42831-2409.

Relevante Tagesordnungspunkte - zur Debatte von der SPD angemeldet -

TO 20 Drs.21/2308 Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung – Dringlicher Senatsantrag

mit

TO 20a Drs. 21/1838 Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen und Haushaltsplan 2015/2016 Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung – Senatsantrag – (Die Drucksache wurde am 13.11.15 im Vorwege an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen)

Presseerklärung

www.vin-rissen.de

und

TO 77 Drs.21/2388 SOG-Unterbringung für Folgeunterkünfte beenden. Transparenz und Bürgerbeteiligung wagen! – Antrag der FDP-Fraktion.

Die Bürgerinitiative **Vin Rissen**, Vorrang für Integration und Nachhaltigkeit, wurde Ende Oktober 2015 gegründet. Ziel der Initiative ist es, der vom Hamburger Senat geplanten, ghettoartigen Unterbringung von tausenden Flüchtlingen ein klares Konzept entgegen zu setzen. Das Konzept basiert auf Integration durch dezentralisierte Unterbringung und fordert Nachhaltigkeit bei allen Maßnahmen. **VIN Rissen** hat in der kurzen Zeit seit Gründung bereits über 1350 Unterstützer gewonnen. Auf der Website www.vin-rissen.de informiert die Initiative über ihr Konzept.